

Klimawandel und Agrarindustrie in Honduras

Menschenrechtliche Auswirkungen auf Fischereigemeinden



Fischer am Strand von Cedeño

Der Klimawandel bedroht die Lebensgrundlagen heutiger und künftiger Generationen. Die Menschen in Honduras sind besonders stark von den Auswirkungen der Erderwärmung betroffen. Gleichzeitig tragen sie nur wenig zu den Ursachen dieses globalen Problems bei. Ein agrarindustrielles Modell, das auf den Export in Länder des globalen Nordens ausgerichtet ist, verschärft die Folgen für die Verwirklichung einer Vielzahl von Menschenrechten, darunter die Rechte auf Nahrung, Wasser, Wohnen und Gesundheit. FIAN hat im Dezember 2022 die Situation von Fischereigemeinden an der Karibik- und Pazifikküste von Honduras dokumentiert.

Honduras ist eines der ärmsten Länder Lateinamerikas. Bei einer Bevölkerungszahl von rund 10,5 Millionen leben etwa 60 Prozent in Armut; fast ein Drittel der Bevölkerung sogar in extremer Armut – die Mehrheit davon im ländlichen Raum.¹ Das soziale Ungleichgewicht ist eng mit der starken Landkonzentration verbunden: In Honduras besitzen zwei Prozent der Betriebe knapp die Hälfte des fruchtbaren Bodens. Kleinbäuerliche und indigene Produzent*innen hingegen bewirtschaften nur 20 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Für Kleinbäuer*innen gibt es in Honduras laut FAO „derzeit praktisch kein verfügbares Land.“²

Dabei wirken Formen geschlechterbasierter Diskriminierung: Schätzungen zufolge besitzen 86 Prozent der Frauen keinen Zugang zu Land, gegenüber 64 Prozent der Männer.³ Armut und fehlender Zugang zu Land sind auch die Ursachen für die weit verbreitete Ernährungsunsicherheit. Laut FAO sind hiervon 4,9 Millionen Menschen betroffen. 1,5 Millionen sind chronisch unterernährt. Viele weitere haben nicht

genügend Mittel, um sich gesund zu ernähren, was zu ernährungsbedingten Erkrankungen beiträgt. Die Ungleichheiten wurden durch die COVID-Pandemie sowie die Tropenstürme Eta und Iota im Jahr 2021 weiter verschärft. Dem Welternährungsprogramm zufolge hat sich in diesem Zeitraum die Zahl der Menschen, die in Ernährungsunsicherheit leben, fast verdoppelt.

Gemäß des *Index for Risk Management* (INFORM) zählt Honduras zur Gruppe der Länder mit sehr hohem Risiko für Katastrophen und humanitären Krisen⁴, insbesondere in Bezug auf Klimaveränderungen. Auf dem Klima-Risiko-Index wird Honduras für den Zeitraum von 1997 bis 2017 auf dem zweiten Platz gelistet.⁵

Vulnerabilität gegenüber dem Klimawandel

Mehrere Menschenrechtsgruppen betonen den Zusammenhang von Klimawandel und Menschenrechten. So verwies der UN-Menschenrechtsrat



Krabbensammler zwischen Trümmern

in einer Resolution von 2009 auf „negative Auswirkungen auf die Wahrnehmung aller Menschenrechte“ durch die gegenwärtigen Klimaveränderungen.⁶ John Knox, ehemaliger UN-Sonderberichterstatter zu Menschenrechten und Umwelt, präziserte 2016: „Der Klimawandel bedroht die Verwirklichung einer Bandbreite von Rechten, inklusive der Rechte auf Leben, Gesundheit, Wasser, Nahrung, Wohnen, Entwicklung und Selbstbestimmung.“⁷

In Honduras sind die Auswirkungen der Erwärmung schon seit den 1990er Jahren deutlich zu spüren. In jüngster Zeit haben Extremwetterereignisse in ihrer Häufigkeit und Intensität weiter zugenommen. Dem UN-Büro für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (UNOCHA) zufolge haben die Überschwemmungen durch Regenfälle im Jahr 2022 im Vergleich zum Vorjahr fast zu einer Verdopplung der Betroffenen geführt, wovon die Nahrungsproduktion massiv beeinträchtigt war. Im Oktober 2022 richtete der Tropensturm Julia in 15 der 18 Bezirke verheerende Schäden an. Schätzungen zufolge waren alleine im Sulata-Tal 200.000 Menschen von Überschwemmungen betroffen. Im Bezirk Gracias a Dios wird die Zahl der Geschädigten auf 24.000 Menschen beziffert, was einem Viertel der dortigen Bevölkerung entspricht.⁸ Besonders fragil ist der sogenannte Trockenkorridor. Im Jahr 2019 rief die Regierung dort den Notstand aus, nachdem infolge des Dürrejahres 2018 die Ernte von Mais und Bohnen zu über 80 Prozent ausfiel.⁹

Beitrag der Agrarindustrie zur Klima- und Umweltkrise

Der Agrarsektor ist für die honduranische Wirtschaft von großer Bedeutung. Er macht 12,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus und stellt 36 Prozent der Arbeitsplätze. Ein Drittel der Ausfuhren sind Agrarprodukte. Das exportorientierte Wirtschaftsmodell verstärkt jedoch den ungleichen Zugang zu Land und natürlichen Ressourcen. Nach Angaben von *La Via Campesina* und der Landarbeiter*innengewerkschaft CNTC wurden zwischen 2010 und 2021 mindestens 165 Menschen bei Landkonflikten getötet. Die Straflosigkeit hierbei liegt bei 96 Prozent. Mindestens 2.470 Landrechtsverteidiger*innen wurden kriminalisiert. Das während der Pandemie verabschiedete Dekret PCM 030-2020 erklärte den Agrarexport zu einer „nationalen Priorität“ und führt zu weiterem Landraub.¹⁰

Großgrundbesitzer und die Agrarindustrie gehen – oftmals geschützt von staatlichen Stellen – gewaltsam gegen Landlose und Indigene vor. Die Ausweitung von Monokulturen wie Ölpalmen, Melonen, Zuckerrohr und Garnelenzucht befeuert zugleich die Umweltzerstörung. Zwischen 2000 und 2016 wurde die Waldfläche um 30 Prozent reduziert.¹¹

Eine Besonderheit hierbei ist Landraub im Zusammenhang mit dem Drogenhandel: kriminelle Banden roden Wälder, um Geld zu waschen, Drogenfarmen zu betreiben oder um die Kontrolle über Schmuggelrouten zu erhalten.¹²

Die negativen Auswirkungen von Klimawandel und Agrarindustrie sind besonders für die Kleinfischerei in den Küstenregionen zu spüren. Obwohl es keine einschlägige Definition für „kleine Fischerei“ gibt, lässt sie sich in Anlehnung an die FAO von der industriellen Fischerei abgrenzen: Sie ist durch kleine Ausbeute, geringe Betriebsmittel und ein niedriges Technologie- und Investitionsniveau gekennzeichnet. Viele Kleinfischer*innen sind selbständig und liefern den Fang für den direkten Verzehr in ihre Haushalte oder Gemeinden. Die handwerkliche Fischerei sorgt somit für Ernährungssicherheit und Beschäftigung und erhält gleichzeitig die Fischbestände und die Ökosysteme. Die FAO erkennt ihre Bedeutung in den Leitlinien von 2015 an und empfiehlt allen Mitgliedsstaaten eine rechthebasierte Verankerung ihrer Interessen.¹³

Fallbeispiel Omoa

FIAN besuchte Ende 2022 die Fischergemeinden von Barra de Motagua und Barra de Cuyamel. Diese lebten bis zum Oktober 2022 im Naturschutzgebiet Humadales Cuyamel-Omoa, an der zu Guatemala grenzenden Karibikküste. Mehr als 70 Familien wurden rund 15 Kilometer ins Landesinnere umgesiedelt, nachdem das Gebiet wegen Überflutungen für unbewohnbar erklärt wurde. Die Meeresinvasion hatte bereits mit dem Hurrikan Mitch begonnen (1998). Seitdem waren die Familien immer wieder von Überschwemmungen betroffen (Abb. 1). Landwirtschaft, Viehzucht und Fischerei wurden stark eingeschränkt. Darüber hinaus waren die Gemeinden durch Abfälle belastet, die von Fabriken in Guatemala abgeleitet wurden.

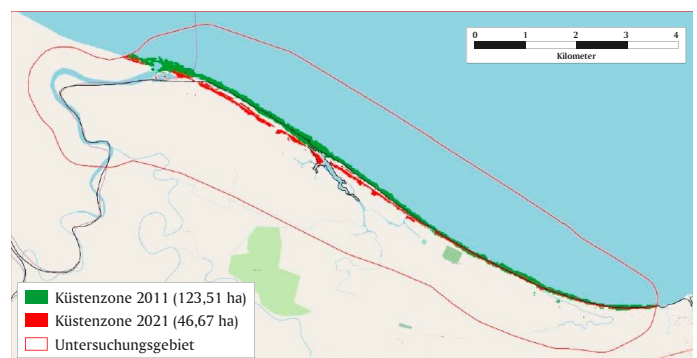


Abb. 1: Küstenverlust in Cuyamel und Motagua: Der grüne Bereich markiert die Küstenzone im Jahr 2011, der rote Bereich im Jahr 2021. In dem Zeitraum gingen in der Gemeinde rund 75 Hektar Küstenzone verloren.

Nach der Umsiedlung schlossen sich die Familien zusammen und gründeten die Gemeinde Unión Barras. Zwar haben sich ihre Wohnverhältnisse verbessert, jedoch ging die Fischerei – und damit die grundlegende wirtschaftliche Tätigkeit – wegen der Entfernung zum Meer deutlich zurück. Frauen sind hiervon besonders betroffen. Mit dem Wegfall der Strände als Ort der Begegnung droht der Zerfall von sozialem Zusammenhalt, Wissen und kultureller Identität.

Hinzu kommen Probleme durch Umweltschäden: Die Versauerung des Meeres durch den steigenden Kohlendioxidgehalt, höhere Temperaturen sowie die Verschmutzung haben zum Rückgang der Fischbestände

geführt. Das Absterben der Korallenriffe, die vielen Fischen als Rückzugsort dienen, verschärft die Not. Auch gibt es in der neuen Siedlung nicht genügend Anbauflächen. Das früher genutzte Land ist aufgrund von Versalzung nicht mehr fruchtbar.

Agrarindustrie und Landnutzungskonflikte

Das Feuchtgebiet Humedales Omoa-Cuyamel besteht aus Flussmündungen, Sümpfen und Mangrovenwäldern und weist einen großen Artenreichtum auf. Feuchtgebiete sind nicht nur eine wichtige Nahrungs- und Trinkwasserquelle, sondern bilden auch natürliche Barrieren gegen Wirbelstürme. Bei starken Gezeiten verhindern sie den Zufluss von Salzwasser. Um das Gebiet zu schützen, kündigte die honduranische Regierung 2011 die Schaffung eines Naturschutzgebiets an. Dies wurde jedoch nie umgesetzt. Im Gegenteil: zwischen 2011 und 2014 wurden mehr als 1.000 Hektar Feuchtgebiete zerstört und durch Monokulturen von Ölpalmen und der Energiepflanze *King Grass* ersetzt.¹⁴ Honduras gehört mit fast 200.000 Hektar zu den zehn größten Palmölproduzenten der Welt.¹⁵

Im Jahr 2012 entwickelte die Behörde für Waldschutz einen Managementplan für den Naturpark, ohne die Nutzungsrechte der ansässigen Bauern- und Fischereigemeinden einzubeziehen. Die von den Monokulturen belegten Flächen hingegen wurden aus dem Plan ausgeschlossen; durch den Einsatz von Pestiziden und die Umleitung von Gewässern schädigen sie das Ökosystem weiter.

Fallbeispiel Cedeño

Das kleine Dorf Cedeño (Gemeinde Marcovia, Bezirk Choluteca) liegt im Golf von Fonseca und gehört zum honduranischen Trockenkorridor. Die Einwohner*innen leben traditionell von kleingewerblichem Fischfang: Zum einen gibt es Fischerei auf dem offenen Meer, zum anderen das Sammeln von kleineren Tieren wie Krebsen, Muscheln und Schnecken. Hierfür werden gewöhnlich die Mangrovenwälder, Flussläufe und Wattflächen bei Ebbe genutzt. Weitere Einkommensquellen sind die Landwirtschaft sowie der Tourismussektor. Die Situation hat sich jedoch in den letzten zehn Jahren aufgrund des steigenden Meeresspiegels drastisch verändert. Der Pazifik ist in diesem Zeitraum 165 Meter vorgedrungen und hat Häuser, Landwirtschaft, Straßen, Schulen und Geschäfte zerstört.

Zahlreiche Familien mussten ihre Häuser wegen der Überschwemmungen verlassen und ins Landesinnere in improvisierte Unterkünfte



Ruine am Strand von Cedeño

ziehen. Die kleinen Restaurants und Pensionen, die noch existieren, stehen zunehmend leer. Aufgrund von Dürre, Verschmutzung und Versalzung müssen die Gemeindemitglieder im Schnitt 80 Prozent ihres Einkommens für den Erwerb von Wasser aufbringen. Die steigenden Wassertemperaturen und der damit verbundene Rückgang der Fischbestände bedroht ihr Recht auf angemessene Nahrung zusätzlich. In der Folge sind viele Fischer*innen gezwungen, in benachbarte Gewässer auszuweichen. Sie berichten über Konfiszierung oder Zerstörung der Boote und Netze, bis hin zu Fällen massiver körperlicher Gewalt durch die Küstenwache von Nicaragua und El Salvador. Immer mehr junge Menschen verlassen Cedeño und versuchen, in die Vereinigten Staaten zu gelangen.

Bedrohung durch die Garnelenindustrie

Die Garnelenindustrie ist eine der am schnellsten wachsenden Branchen in Honduras. Sie trägt etwa ein Siebtel zum BIP bei. Die meisten Garnelen werden im Golf von Fonseca gezüchtet. In der Gemeinde Marcovia nehmen Garnelenfarmen eine Fläche von rund 4.720 Hektar ein. Jedes Jahr gehen 300 Hektar Mangroven durch die Anlage von Zuchtbecken und die Umleitung von Kanälen und Flussmündungen verloren.¹⁶ Satellitenbilder zeigen, dass die Überschwemmungsgebiete für den Bau von Zuchtbecken verschwinden (Abb. 2). Zudem beklagen die Gemeinden die Privatisierung der natürlichen Ressourcen und dass ihnen zunehmend der Zugang zu Stränden und Flussmündungen abgeschnitten wird. Fischer*innen berichten, wie sie immer wieder in Auseinandersetzungen mit privaten Sicherheitsdiensten geraten. Darüber hinaus nutzen die Unternehmen die Flüsse, um die Zuchtbecken zu füllen, was dazu führt, dass die Gewässer austrocknen. Die in den Garnelenfarmen verwendeten Chemikalien werden anschließend in die Mangroven und Flussläufe geleitet und führen zur Verschmutzung von Wasser und Böden. Für Kleinproduzent*innen, die umwelt- und ressourcenschonend produzieren, auf Pestizide verzichten und Aufzuchtzeiten einhalten, ist es unmöglich, mit den industriellen Garnelenfirmen zu konkurrieren.

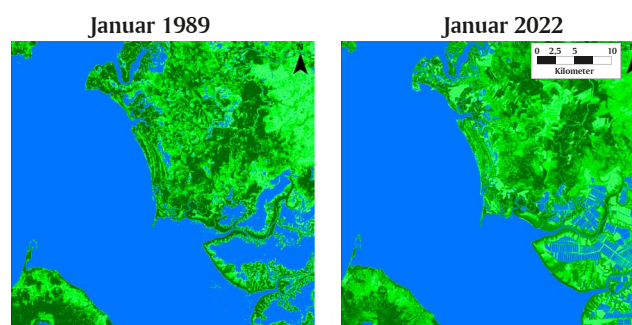


Abb. 2: Verlust von Mangroven (dunkelgrün) und Umwandlung von Überflutungsgebieten in Zuchtbecken rund um Cedeño

Die menschenrechtliche Verantwortung von Deutschland

Die Fallbeispiele zeigen exemplarisch die Auswirkungen des Klimawandels auf die Menschenrechte. Die Klimakrise macht es für die Menschen in Omoa und Cedeño zunehmend unmöglich, ein Leben in Freiheit und Sicherheit zu führen. Ihre Rechte auf Nahrung, Gesundheit, Wohnen und das Recht auf Zugang zu sauberem Wasser und Hygiene sind stark beeinträchtigt.

Im weltweiten Durchschnitt stößt jede Person pro Jahr rund fünf Tonnen Treibhausgas aus – in Deutschland sind es pro Kopf 9,4 Tonnen. Zum Vergleich: In Honduras werden nur knapp zwei Tonnen emittiert. Laut Weltklimarat (IPCC) ist der größte Teil der aktuellen Klimaveränderungen auf menschliche Aktivitäten zurückzuführen. Die G20-Länder verursachen aktuell rund 80 Prozent der globalen Emissionen. Mit seinen hohen (historischen) Emissionen trägt Deutschland eine besondere Verantwortung als einer der Mitverursacher der Klimakrise. Hieraus ergibt sich die Pflicht, die Menschenrechte bei der Bewältigung des Klimawandels aktiv zu achten, zu schützen und zu gewährleisten.

FIAN verlangt von der Bundesregierung, ihren menschenrechtlichen und klimabezogenen Verpflichtungen nachzukommen und fordert sie auf,

– Maßnahmen zu ergreifen, um vor den Folgen des Klimawandels zu schützen

Dies erfordert zum einen die Verminderung der eigenen und einen Beitrag zur Minderung der globalen Treibhausgasemissionen. In dem Wissen, dass die Verwirklichung der Menschenrechte durch die Klimaveränderungen bedroht ist, ist Deutschland gemäß UN-Sozialpakt Artikel 2(1) menschenrechtlich verpflichtet, „einzeln und durch internationale Hilfe und Zusammenarbeit, [...] unter Ausschöpfung aller seiner Möglichkeiten wirksame Maßnahmen“ zur Emissionsminderung zu ergreifen. Zum anderen ist es geboten, über klimabezogene Sorgfaltspflichten dafür zu sorgen, dass deutsche Unternehmen Klimarisiken in ihrer Wertschöpfungskette minimieren, bei bestehenden Risiken Abhilfe schaffen und zukünftige Klimaschäden vermeiden. Dafür sind starke rechtsverbindliche Instrumente, wie das europäische Lieferkettengesetz und das geplante UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten unter Berücksichtigung umfassender Umweltaspekte notwendig.

– die verursachten Umweltschäden wiedergutzumachen

Auf der jüngsten Klimakonferenz COP 27 wurde die Einrichtung eines Fonds für Verluste und Schäden (*loss and damage*) vereinbart, welcher finanzielle Unterstützung für betroffene Länder bereitstellen soll. Landwirtschaft und Fischerei gelten mit einem Viertel aller Schäden als der am stärksten betroffene Sektor.¹⁷ Industrialisierte Länder wie Deutschland müssen sich aktiv für eine wirksame Ausgestaltung des Fonds einsetzen und entsprechende Beiträge zusagen.

– die für Auswirkungen der Klimaänderungen besonders anfälligen Staaten zu unterstützen

Die Staaten, die am wenigsten zum Klimawandel beitragen, sind gleichzeitig diejenigen, die am meisten unter seinen Auswirkungen leiden. Die besonders anfälligen Staaten verfügen oftmals über die geringsten Kapazitäten, sich zu schützen und sich an die neuen Bedingungen

anzupassen. Was für Staaten gilt, gilt auch für Gemeinden, Bevölkerungsgruppen und Haushalte: je ärmer, desto verwundbarer gegenüber Wetterextremen und anfälliger für Menschenrechtsverletzungen. Nach dem in der Klimarahmenkonvention verankerten Prinzip der gemeinsamen aber unterschiedlichen Verantwortung¹⁸ sind industrialisierte Länder wie Deutschland verpflichtet, die Länder des Globalen Südens finanziell und technologisch bei der Minderung von Emissionen und die Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen. Nicht zuletzt muss sich Deutschland für die Schaffung einer Entschuldungsoption zugunsten von Ländern wie Honduras, die besonders vom Klimawandel betroffen sind, einsetzen.

– den Schutz von Umweltschützer*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen zu stärken.

Durch das Inkrafttreten des Escazú-Abkommens vor zwei Jahren verfügt Lateinamerika über ein verbindliches Instrument zum Schutz von Umwelt- und Menschenrechtsverteidiger*innen. Allerdings hat Honduras das Abkommen noch nicht ratifiziert. Die deutsche Regierung sollte im Politikdialog mit der honduranischen Regierung auf die Notwendigkeit einer Ratifizierung hinweisen und die Implementierung des Abkommens konstruktiv begleiten. Zudem ist Deutschland als EU-Mitgliedsstaat dazu verpflichtet, die EU-Leitlinien zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen anzuwenden. So müssen die Auslandsvertretungen der deutschen Regierung die Achtung der Rechte von Menschenrechtsverteidiger*innen fördern und Menschenrechtsverteidiger*innen, welche Übergriffen und Drohungen durch staatliche und nichtstaatliche Akteure ausgesetzt sind, unterstützen.

- 1 Nationales Statistik-Institut (INE)
- 2 https://www.fao.org/gender-landrights-database/country-profiles/listcountries/general-introduction/es/?country_iso3=HND
- 3 Situación actual de las mujeres rurales en Honduras: el acceso a los recursos productivos para garantizar su seguridad y soberanía alimentaria, noviembre 2021
- 4 https://drmkc.jrc.ec.europa.eu/inform-index/Portals/0/InfoRM/2020/Subnational/LAC/LAC_INFORM_2020_v007_MainResults_Eng.pdf
- 5 Germanwatch 2018
- 6 https://ap.ohchr.org/documents/E/HRC/resolutions/A_HRC_RES_10_4.pdf
- 7 A/HRC/31/52
- 8 Honduras Humanitarian Needs Overview 2023 (September 2022)
- 9 Oxfam 2019
- 10 <https://v1.cespad.org.hn/2020/05/05/coyuntura-desde-los-territorios-el-pcm-030-2020-y-la-agudizacion-de-la-crisis-alimentaria-en-honduras>
- 11 <https://www.fao.org/documents/card/jr/cj/cb2930en>
- 12 Tellman, B. (2020). "Illicit Drivers of Land Use Change: Narcotrafficking and Forest Loss in Central America"
- 13 <https://www.fao.org/3/i4356en/i4356en.pdf>
- 14 La muerte del Panaco. Un área protegida que nunca fue. Contracorriente
- 15 <https://es.mongabay.com/2019/10/palma-de-aceite-en-latinoamerica-expansion-cultivos-especial/>
- 16 CODDEFFAGOLF. (2015). Estudios de Caso de la Iniciativa Ecuatorial, Soluciones locales de desarrollo sostenible para las personas, la naturaleza y las comunidades resilientes.
- 17 FAO (2015): The Impact of Natural Hazards and Disasters on Agriculture and Food Security and Nutrition. Rom, S. 2 ff
- 18 Artikel 4 (3, 4)

FIAN Deutschland e.V.
Gottesweg 104
50939 Köln

www.fian.de
info@fian.de
Tel.: 0221-47449110

FIAN, das FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk, ist die Internationale Menschenrechtsorganisation für das Recht auf Nahrung.



Die Verursacher des Hungers benennen
Den Hungernden Gehör verschaffen
Gemeinsam die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen

Köln, Juni 2023

Autor*innen: Marian Henn & Almudena Abascal
Layout: Silvia Bodemer